

Bezirk Oberbayern
Herrn Bezirkstagspräsidenten
Josef Mederer

80535 München

München, den 23. 03.2010

Interfraktioneller Antrag

Einberufung einer Sondersitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses gem. Art. 28 (1) in Verbindung mit Art. 27 Satz 2 der Bezirksordnung

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung vom 22. März 2010 zum vom Bezirk Oberbayern eingeforderten Stellenabbau bei den Werkstätten der Stiftung Pfennigparade ist Anlass, eine sofortige Sondersitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses zu beantragen.

Begründung:

In der Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses vom 19. November 2009 wurde ein Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen „Das Modell Mittelfranken soll als Übergangslösung zur Ermittlung des Hilfebedarfs von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) übernommen werden“ zurückgestellt, nachdem die Verwaltung berichtet hatte, dass in der ersten Jahreshälfte 2010 eine Arbeitsgruppe auf Landesebene den Landesrahmenvertrag nach § 75 SGB XII überarbeiten werde.

„Beschluss

32/09 1. Der Antrag wird, bis eine Arbeitsgruppe beim Verband der Bayerischen Bezirke unter Beteiligung der Werkstätten und Träger eine Neuregelung unter Einbeziehung des personenzentrierten Ansatzes entwickelt hat, zurückgestellt.

2. Im Rahmen des im ersten Halbjahr 2010 geplanten oberbayerischen Werkstättentages soll die Thematik der Hilfebedarfsbemessung an Hand des individuellen Hilfebedarfs (Personenzentrierter Ansatz) behandelt werden. Spätestens im 2. Halbjahr 2010 wird dem Ausschuss berichtet.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der Ergebnisse des oberbayerischen Werkstättentages an den Verband der Bayerischen Bezirke heranzutreten, um auf Landesebene die „Bayerische Rahmenleistungsvereinbarung für den Leistungstyp T-E-WfbM“ so anzupassen, dass bei der Definition der Hilfebedarfsgruppen ausschließlich der individuelle Hilfebedarf unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung zugrunde gelegt wird (Personenzentrierter Ansatz).“

Abstimmungsergebnis:

13:0“

Die Mitglieder des Gesundheits- und Sozialausschusses haben mit dieser Beschlussfassung bekräftigt, dass der Bezirk Oberbayern bis zum Abschluss einer entsprechend angepassten Rahmenleistungsvereinbarung keine Verhandlungen mit den Werkstätten für Menschen mit Behinderung führen kann, die zu einer tatsächlichen Verschlechterung des Personalschlüssels und damit zu einer Verschlechterung der Betreuungsqualität führen. Dass dies dennoch in den Werkstätten der Stiftung Pfennigparade geschehen ist, ist Anlass, sofort den Gesundheits- und Sozialausschuss einzuberufen.

In diesem Ausschuss ist

1. über den Vorgang „Verhandlungen mit den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“ nach dem Beschluss des Gesundheits- und Sozialausschusses vom 19. November 2010 zu berichten
2. über das Ergebnis/Zwischenergebnis der landesweiten Arbeitsgruppe zur Änderung der Rahmenleistungsvereinbarung zu berichten und
3. über die Verhandlungen mit den Förderstätten zu berichten.

Unterzeichner:

Mitglieder des Sozialausschusses:

Martina Neubauer und Andreas Ammer B 90/Die Grünen

Dieter Rippel, FDP

Marianne Heigl, FW

Fraktionen und Gruppierungen des Bezirkstags von Oberbayern:

B 90/Die Grünen, FDP, FW, die Linke,